Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3434

27. 11. 79

Sachgebiet 75

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Pfeifer, Dr. Riesenhuber, Dr. Narjes, Lenzer, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Dr. Probst, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Dr. Laufs, Pfeffermann, Dr. Stavenhagen, Frau Dr. Walz und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksachen 8/3281, 8/3331 –

Beitrag der Kernenergie zur Sicherung der Energieversorgung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie

— in ausreichenden Mengen,

— bei gesicherten Lieferbeziehungen und

— zu wettbewerbsfähigen Preisen

ist für die nächsten Jahrzehnte ernsthaft bedroht.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Nachkriegszeit, die Zukunftschancen der jungen Generation und die Stabilität des Staates sind mithin ebenfalls gefährdet.

Die ab der Mitte der 80er Jahre vorhersehbaren Engpässe der Stromversorgung sind kaum noch zu vermeiden. Die rechtzeitige Sicherung der ausreichenden Lagerstätten von Kohle, Gas, Uran und nicht-konventionellen Ölen in strategisch sicheren Regionen wurde unterlassen. Die Sicherungen gegen kurzfristige schwere Versorgungsstörungen und einen von außen auferlegten energiepolitischen Notstand sind unzulänglich.

Die Bundesregierung hat es versäumt, den Risiken und der Bedrohung unserer Energieversorgung eine angemessene und versorgungsstrategisch durchdachte Energiepolitik entgegenzusetzen. Sie hat dadurch wertvolle Zeit zur Umstellung unserer Energieversorgung unwiederbringlich verstreichen lassen und damit ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge verletzt und das Gebot,

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21

Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, mißachtet. Sie hat sich wiederholt über Mahnungen und Aufforderungen der CDU/CSU-Fraktion, ihre Energiepolitik zu korrigieren und den veränderten Umständen anzupassen, hinweggesetzt.

A.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ohne weiteres sachfremdes Zögern

1. das Konzept einer offensiven Kohlepolitik vorzulegen, das ihre Vorstellungen für die zukünftige Kohleförderung in Deutschland und den Bedarf an Importkohle umfaßt und auch einen Maßnahmenkatalog zur schnelleren, großtechnischen und kommerziellen Nutzung der Vergasungs- und Verflüssigungstechnik der Stein- und Braunkohle enthält;
2. ein Konzept der mittel- und langfristigen Sicherung unserer Stromversorgung vorzulegen, das bei optimaler Lastenstruktur alle energiepolitischen Hindernisse für den Bau von Kohle- und Kernkraftwerken ausräumt und das sowohl Verpflichtungen über die langfristige Sicherung der Verstromung deutscher Steinkohle wie für die nukleare Entsorgung der Kernkraftwerke enthält;
3. ein unzweideutiges Programm für eine Energiesparpolitik auszuarbeiten, das unter Absage an jegliche Form von Verstaatlichung oder Vergesellschaftung oder anderem Dirigismus sich konsequent an den Geboten der marktwirtschaftlichen Ordnung orientiert und sich auf die Korrektur der Rahmendaten konzentriert, die zur Erreichung optimaler Energiesparziele veränderungsbedürftig sind;
4. ein Konzept zur Wiederherstellung der Rechtsklarheit für alle Investitionen der Energiewirtschaft auszuarbeiten, das in materieller wie in verfahrensrechtlicher Hinsicht das faktische Moratorium aufhebt, das sich als Ergebnis der gegenwärtig völlig unübersichtlichen und in ihren energiewirtschaftlichen Wirkungen nicht mehr tragbaren Rechtslage herausgebildet hat;
5. einen Maßnahmenkatalog zur Förderung energiepolitischer Großinvestitionen in strategisch sichereren Zonen vorzulegen, der uns einen möglichst langfristigen Zugang zu Energielagerstätten, Verarbeitungskapazitäten und Infrastrukturmaßnahmen eröffnet, die für unsere Energieversorgung bedeutsam sind.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen energiepolitischen Sofortmaßnahmen so anzulegen, daß eine weitgehende Unabhängigkeit vom OPEC-Öl etwa im Jahre 1990 erreicht wird.

B.

Der unverzichtbare Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung wurde insbesondere durch die Schwierigkeiten einer sachgerechten Lösung der Entsorgung abgebrannter Brennelemente behindert. Der Deutsche Bundestag erklärt:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den am 28. September 1979 gefaßten Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke. Der Deutsche Bundestag bekräftigt den Grundsatz, daß die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und für den weiteren Ausbau der Kernenergie bildet.

2. Der Deutsche Bundestag anerkennt, daß damit entscheidende Voraussetzungen sowohl für jetzige und künftige Genehmigungsverfahren als auch für eine sachgerechte Erledigung anhängiger Gerichtsverfahren geschaffen worden sind.

3. Der Deutsche Bundestag legt Wert darauf, daß die Beschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke zügig realisiert werden.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag bis zum 1. März 1980 einen Bericht vorzulegen

   a) über den Stand der Erkundung des Salzstockes Gorleben und den Stand des Planfeststellungsverfahrens für das Endlager sowie über den derzeitigen Stand der Terminplanungen,

   b) über den Stand der Realisierung der Zwischenlagerung bestrahlter Brennelemente, sowohl der technischen Möglichkeiten als auch der Genehmigungsverfahren,

   c) über den Stand der Untersuchungen über Kapazitäten und Standortkriterien von Wiederaufarbeitungsanlagen,

   d) über die Durchführbarkeit der Wiederaufarbeitung in einer großtechnischen Anlage mit Entsorgungsfunktion

   sowie eine Stellungnahme darüber abzugeben, ob die Errichtung kleinerer Demonstrationsanlagen zur Wiederaufarbeitung erforderlich ist.

5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechend dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke die Entsorgungsgrundsätze im Einvernehmen mit den Ländern anzupassen.

Bonn, den 27. November 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion